

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Yannick Shetty, Kolleginnen und Kollegen

betreffend Dringende Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche während und nach der Corona-Krise

eingebracht im Zuge der Debatte in der 27. Sitzung des Nationalrats über den Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales über den Antrag 434/A(E) der Abgeordneten Gabriele Heinisch-Hosek, Kolleginnen und Kollegen betreffend Maßnahmenpaket zur Verhinderung einer sozialen Krise (127d.B.)– TOP 9

Der Kampf gegen das Corona-Virus fordert unzählige Kollateralschäden, von denen uns manche noch sehr lange begleiten werden. Besonders vulnerable Gruppen wie Kinder leiden unter Nebenwirkungen von Krisen, die meist erst zu spät erkannt werden. Es ist allgemein hin bekannt, dass während Krisensituationen, aber auch bei Ferienzeiten und Feiertagen Phänomene wie häusliche Gewalt und Kindesmissbrauch zunehmen. Die New York Times berichtet bereits jetzt von einer Zunahme an Kindesmissbrauchsfällen während der Beschränkungen durch die Corona-Krise.¹ Die gleichen Entwicklungen hätte es während der Wirtschaftskrise 2008 ebenfalls gegeben, als vermehrt Kinder mit Verletzungen in Spitäler eingeliefert wurden oder an schweren Kopftraumata verstarben. Diese Nebeneffekte bildeten sich noch Jahre nach der Wirtschaftskrise ab und haben das Potential, die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen und somit unserer Gesellschaft nachhaltig zu beeinträchtigen. Auch UNICEF warnt bereits eindringlich davor, rechtzeitig Maßnahmen zu ergreifen, damit aus der Corona Gesundheits-Krise keine nachhaltige Kinderrechts-Krise wird.² Häusliche Gewalt, sexueller Missbrauch, Vernachlässigung, Ausbeutung und Teenager-Schwangerschaften sind nur einige der Phänomene, die durch Krisen verstärkt werden.

Eine fatale Besonderheit der Corona-Krise im Vergleich z.B. zu Wirtschaftskrisen sind jedoch die Ausgangsbeschränkungen und der Wegfall sozialer Kontakte bei gleichzeitig teils massiven Existenzängsten. Schulen, Kindergärten und Sportstätten sind geschlossen, Aktivitäten im Freien sollen nach Möglichkeit eingeschränkt werden. Aber auch Bars und andere Lokale, Geschäfte oder das tägliche Treffen mit Nachbar_innen und Freund_innen ist nicht oder nur extrem beschränkt möglich. Das soziale Umfeld ist mit einem Schlag auf die Kernfamilie und die eigenen vier Wände beschränkt. Besonders Großeltern, die Eltern oft bei der Kindererziehung oder Freizeitgestaltung unterstützen, fallen weg und man verbringt ungewohnt viel Zeit miteinander, oft ohne Rückzugsmöglichkeiten. Diese Bedingungen wirken sich schon auf stabile Familienverhältnisse massiv aus, sozial schwächere Familien sind jedoch in besonderem Maße betroffen.

Laut Medienberichten sind die Kindergefährdungsmeldungen seit Beginn der Corona-Krise in Österreich in einigen Bundesländern zurückgegangen.³ Kein Grund zur Freude, sind sich Expert_innen einig. Der Grund dafür sei leicht zu erklären: die gängigen Frühwarnsysteme wie Schulen und Kindergärten fallen nun weg - rund ein Viertel aller Gefährdungsmeldungen gehen normalerweise von Schulen und anderen Kinderbetreuungseinrichtungen aus. Häusliche Gewalt und Missbrauch finden weiterhin statt, nur eben hinter verschlossenen Türen und unter verschärften Umständen. Hinzu kommt, dass viele Eltern zurzeit unter massiven Existenzängsten leiden, ihren Job verlieren, Miete etc. nicht bezahlen können und nicht wissen, wie die Zukunft aussieht.

Kinder und Jugendliche werden häufig zu Opfern dieser Umstände, sie verlieren ihr gewohntes soziales Netz, erleiden zu Hause enormen emotionalen Stress, leiden unter Schlafstörungen, fangen wieder an zu bettnässen, entwickeln Angststörungen oder leiden an Einsamkeit und Vernachlässigung.

Es braucht konkrete Maßnahmen, um Kindern und Jugendlichen soziale Kontakte und räumliche Ausweichmöglichkeiten zu bieten, wenn diese sonst Gefahr laufen, nachhaltigen psychischen oder physischen Schaden zu nehmen. Zwar sollen Schulen und Kindergärten schon bald wieder öffnen, jedoch kommen nur wenige Wochen später bereits mehrmonatige Sommerferien auf die Eltern zu und das unter Wegfall eines eventuell geplanten Urlaubs und weiterhin bestehenden Einschränkungen der Freizeitaktivitäten in noch unklarem Ausmaß. Es braucht hier dringend Möglichkeiten, Schulen und Kindergärten zumindest teilweise oder auf freiwilliger Basis geöffnet zu halten, ein flächendeckendes Ersatzfreizeitprogramm anzubieten und kostenlose psychologische Nachbetreuung zu ermöglichen, wo diese notwendig ist. Zur akuten Hilfestellung soll das Vorgehen nach Vorbild Tirols, dass bei längerem Nicht-Erreichen von Schulkindern automatisch das Jugendamt benachrichtigt wird, in ganz Österreich umgesetzt werden.

Wenn wir nicht wollen, dass die Kinder und Jugendlichen von heute die zukünftigen Patient_innen der Kinder- und Jugendpsychiatrie von morgen werden, wie Martin Sprenger⁴ es formuliert, müssen wir besser gestern als heute handeln, jedenfalls aber schnell.

¹ <https://www.nytimes.com/2020/04/07/opinion/coronavirus-child-abuse.html>

² <https://www.unicef.org/coronavirus/agenda-for-action>

³ <https://www.noen.at/niederoesterreich/chronik-gericht/coronavirus-experten-alarmiert-wegen-gewalt-gegen-kinder-oesterreich-epidemie-kinder-wien-coronavirus-gewalt-202016542>

⁴ <https://www.addendum.org/coronavirus/wie-weiter-sprenger/>

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Arbeit, Familie und Jugend, wird aufgefordert, umgehend Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor häuslicher Gewalt, Missbrauch und anderen Nebeneffekten der Corona-Krise umzusetzen. Insbesondere wird gefordert:

- als Sofortmaßnahme das System nach Vorbild Tirols, dass bei Nicht-Erreichen eines Kindes durch die Schule automatisch Meldung an das Jugendamt erstattet wird, auf ganz Österreich auszuweiten;
- ein deutlich verstärkter Einsatz von psychologischem Personal ab Wiederöffnung von Schulen und Kindergärten zur Aufarbeitung der Nebeneffekte der Krise auf Kinder und Jugendliche;

- Informationen zur Sensibilisierung des Lehr- und Kindergartenpersonals für die Auswirkungen der Corona-Krise auf die psychische und physische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen bereitzustellen;
- Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche in den Sommerferien zu ermöglichen, z.B. im Rahmen der teilweisen Öffnung von Kindergärten und schulischen Betreuungsmöglichkeiten zur Entschärfung angespannter familiärer Situationen;
- Freizeitprogramme für Kinder und Jugendliche für eine spielerische Abwechslung im Alltag außerhalb der eigenen vier Wände und zur Entlastung der Eltern;"



Zeit
für Kinder
freier

